

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/32

17. Februar 1976

Streuß bringt die Demokratie in Gefahr

Polen-Verträge müssen vor deutschnationalen Ressenti-
ments geschützt werden

Von Hans Kroschnick
Stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 1 / 36 Zeilen

Das ganze Ausland schaut nach Bonn

Unions-Nein zum Polen-Vertrag verdunkelt unser Bild
auch im Westen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Bundesminister a. D.

Seite 2 / 41 Zeilen

Vor einem neuen Rüstungswettlauf USA-UdSSR?

Etattaktische Überzeichnungen beeinflussen das Bild

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Bundestageunterausschusses für Ab-
rüstung und Rüstungskontrolle

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Zwei Halbwahrheiten ergeben noch keine Tatsache

Entstellendes "Welt"-Bild von der DDR-Forschung der
Bundesregierung

Von Egon Hähmann MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestageausschusses für
innerdeutsche Beziehungen

Seite 5 / 40 Zeilen

Weiterer Leistungsabbau nicht zu verantworten

Unsere Gesellschaft ist ohne öffentlichen Dienst nicht
lebensfähig

Von Albert Gesewald MdL
Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressebüro 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 57 - 58
Telex: 05 88 646 - 48 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Strauß bringt die Demokratie in Gefahr

Polen-Verträge müssen vor deutschnationalen Ressentiments geschützt werden

Von Hans Koschnick
Stellv. Vorsitzender der SPD

Die Art und Weise, mit der CSU und CDU öffentlich die Problematik der Polen-Verträge angehen, wirft in mehrfacher Hinsicht ein Licht auf die innere Verfassung der Union. In kaum einem anderen Zusammenhang können wir etwa den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß mit ähnlicher Unbedenklichkeit mit Begriffen wie "Erpressung" oder "Nazi-Methoden" umgehen sehen wie bei diesem Thema. Gewiss verrät dieser Ton Unsicherheit. Eine Unsicherheit, die allerdings nicht davon abhält, den union-eigenen Fahrplan in das aussen- und innenpolitische Risiko durchzuhalten: koste es, was es wolle!

Die Ablehnung der Polen-Verträge, auf die Strauß und Anhang derzeit zustauern wie die Lemminge auf den Abgrund, verschreckt nur noch die Besonnenen in der Union. Die CDU/CSU zerschlägt damit schon jetzt das Porzellan, das der Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers erst in die Hand bekommen will. Wahrhaftig: ein tollkühner Kandidat, den man geradezu am empfindlichsten Punkt deutscher Außenpolitik demonstrieren läßt, wie wenig die CSU und ihr Freundeskreis ihn für das Amt geeignet halten. Strauß und Anhang wissen natürlich, was sie da anzurichten vorhaben. Deshalb und nur deshalb suchen sie, wie schon auf allen Feldern der Innenpolitik, auch die Außenpolitik auf eine quasi ideologische Ebene zu heben. Nach dem ebenso einfachen wie infam unbedenklichen Strickmuster: Man nehme die Begriffe "Volksfront" und "Nazi-Methoden" und setze sie neben SPD und ihren Vorsitzenden Willy Brandt, und schon kann man auf jede sachliche Rechtfertigung der eigenen Position verzichten. Hier gerät Politik auf niedrigstes Stammtisch-Niveau.

Und genau das soll ja auch erreicht werden. Strauß und Anhang setzen mit einem im Nachkriegsdeutschland selten gewordenen offenen Zynismus auf Restbestände dumpfer Ressentiments, die zu überwinden nach 1945 ehrliches Ziel aller Demokraten war. Ausgerechnet die Polen-Verträge werden damit zum Exerzierfeld deutschnationaler - heute genannt: christdemokratischer - Wahlstrategie, wobei in- und ausländische Beobachter im Zweifel sind, ob die dabei deutlich werdende Bedenkenlosigkeit im Umgang mit der jüngsten deutschen Generation oder der Rückfall in altdeutsche Bierdunst-Rebulistik schwerer wiegt.

Den Staatsmann Willy Brandt braucht man vor den verbalen Anrempelungen eines Franz Josef Strauß gewiss nicht in Schutz zu nehmen. Das sollte man aber für jene besonnenen Demokraten in der CDU tun, für die Strauß ebenfalls vorgibt zu sprechen. (-/17.2.1976/va/e/pr)

+ + +

Das ganze Ausland schaut nach Bonn

Unione-Nein zum Polen-Vertrag verdunkelt unser Bild auch im Westen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Bundesminister a. D.

"Zu allen Zeiten Freund und Verbündete" hatte Charles de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 9. September 1965 Frankreich und Polen genannt. Als "das Land unseres größten Versagens und unserer größten Hoffnungen" hatte Senator John F. Kennedy Polen in seiner großen Senatserede am 21. August 1957 bezeichnet.

Wer die deutsch-polnischen Vereinbarungen heute aufs Spiel setzt, muß wissen, daß dies mehr als deutsch-polnische Folgen, und mehr als west-östliche Konsequenzen haben wird.

Polen: Das ist auch ein Maß geschichtlicher Ungerechtigkeit. Willy Brandts Verneigung vor den Opfern in Warschau bezog sich nicht nur auf das, was Deutsche an diesem Volk gesündigt hatten. Polen, das ist das Trauma der westlichen Demokratien geblieben, denn der Testfall gegen Hitler wurde zu seinem blutigsten Opfer. Die Renten-Vereinbarung ist zwar kein Präzedenzfall für andere Länder, aber der Vertrag könnte auch zum Symbol gemacht werden: Die Fremdarbeiter aus Polen während des Krieges waren schließlich nicht allein zur Zwangsarbeit genötigt worden. Es gab (und gibt) Millionen Schicksalsgenossen auch im Westen, in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Belgien!

Die Unione-Parteien meinen, Konrad Adenauer habe die Bundesrepublik im Lager der westlichen Demokratien freundschaftlich verankert. Für Frankreich und für die USA mag das gelten. Die wirkliche Wende im westlichen Lager jedoch, also in Großbritannien, Belgien und den Niederlanden, in Dänemark, Norwegen und Schweden konnte unter Adenauer gar nicht gelingen. Sie wurde erst möglich durch Heinemann und Brandt. Mit ihnen wurde aus dem zuverlässigen Partner das zuverlässige Deutschland: aus dem Nachbarn der Freund.

Dieses Bild der Bundesrepublik beginnt sich nun wieder zu verfärben. Auch in Frankreich auch auch in den USA. "Darstellungen einer 'häßlichen Bundesrepublik' sind in den Nachbarländern häufiger geworden, und zwar nicht nur in der linken, sondern auch in der liberalen Presse", schrieb Francois Bondy in der "Zeit" am 30. Januar 1976. In den USA sind die Polen im übrigen eine mächtige Minderheit, nicht nur in New York, sondern auch im mittleren Westen. Und 1976 wird auch in den USA gewählt.

Die deutsche Rechte hat seit jeher Deutschlands Sicherheit allein in seiner militärischen und wirtschaftlichen Stärke gesehen. Die krachlederne Politik der CSU, jenes "wir sind wir", achließt nahtlos an diese Tradition an. Helmut Kohl steht insofern - ob er es will oder nicht - fest in der Tradition der Deutschnationalen. Was nutzen uns seine guten Absichten, sein subjektives Rechtsbewußtsein, wenn er der CSU nicht widerspricht: Das Geld für die Renten-Vereinbarung solle besser in die Bundeswehr gesteckt werden (Zitat: CSU-MdB Dr. Richard Jäger)? Wenn wir vom Sicherheitsrisiko CDU/CSU sprechen, dann meinen wir genau diese Art der Politik. (-/17.2.1976/ve/e/pr)

Vor einem neuen Rüstungswettlauf USA-UdSSR?

Etattaktische Überzeichnungen beeinflussen das Bild

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestagsunter-
ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

In jüngster Zeit waren wiederholt Äußerungen des amerikanischen Präsidenten, seines Verteidigungsministers und führender Militärs im Pentagon über die wachsende militärische Stärke der Sowjetunion und die daraus resultierende Notwendigkeit größerer amerikanischer Verteidigungsausgaben zu hören. Der oberflächliche Leser könnte daraus den Schluß ziehen, daß eine neue Phase des Rüstungswettlaufs angebrochen sei. Dieser äußere Schein trügt.

Der Adressat dieser Äußerungen führender amerikanischer Sicherheitspolitiker ist der amerikanische Kongreß, wenngleich eine gewisse außenpolitische Wirkung dieser Reden nicht verkannt werden darf, wie die Reaktion aus Kreisen des Warschauer Paktes zeigt. Eines der beherrschenden Themen amerikanischer Innenpolitik ist z. Zt. die Verabschiedung des US-Bundeshaushaltes mit einem Verteidigungsetat, der erstmals 100 Milliarden Dollar übersteigt. Um diesen Etat in der z. Zt. sehr angespannten amerikanischen Wirtschaftslage vom Kongreß bewilligt zu bekommen, wird das Bild der äußeren Bedrohung teilweise überzeichnet.

Das sicherheitspolitische Bild erscheint in einem wesentlich ausgewogeneren Verhältnis, wenn westliche Sicherheitspolitiker, wie z. B. am 22. Januar 1976 im Anschluß an die Tagung der nuklearen Planungsgruppe in Hamburg, sich mit ihren Äußerungen an innen- und außenpolitischen Adressaten wenden. Hier war zu hören, daß die NATO im nuklear-strategischen Bereich über ausreichende Mittel verfüge und die UdSSR auf diesem Gebiet z. Zt. keinen Anlaß zur Besorgnis hätte. Im taktisch-nuklearen und im konventionellen Bereich sei durch die Möglichkeit der Eskalation eine Stabilität gegeben, die durch die Verbesserung und Modernisierung der im europäischen

Teil der NATO stehenden Verbände auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

Als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie und den militärischen Interessen des Pentagon wurde durch ein amerikanisches Bundesgesetz vom 29. November 1975 die nationale Behörde für kooperative Rüstungsteuerung und Abrüstung (Arms Control and Disarmament Agency - ACDA) unmittelbar in den Prozeß nationaler Sicherheitspolitik und Beschaffung von Waffensystemen eingeschaltet.

Dieses Gesetz geht davon aus, daß Abrüstung und kooperative Rüstungsteuerung neben der militärischen Säule Grundpfeiler der amerikanischen Sicherheitspolitik sind. Es sieht vor, daß die ACDA bei allen Planungen über die Beschaffung von Waffensystemen ab einem Gesamtvolumen von 250 Millionen Dollar oder einem Jahresvolumen ab 50 Millionen Dollar beratend tätig wird. Das US-Verteidigungsministerium und andere staatliche Stellen haben die ACDA von Beschaffungsvorhaben dieser Größenordnung zu unterrichten. Die ACDA prüft dann deren Auswirkung auf gegenwärtig laufende Abrüstungsverhandlungen wie z.B. SALT, MBFR und den Nichtverbreitungsvertrag. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die USA die für die äußere Sicherheit und für eine annehmbare Ausgangsposition bei Abrüstungsverhandlungen erforderliche militärische Stärke aufrechterhalten, daß sie darüber hinaus jedoch den qualitativen und quantitativen Rüstungswettlauf nicht unkontrolliert vorantreiben.

Institutionell ist der Direktor der ACDA durch seine Aufnahme in den engeren Beraterstab des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council - NSC) dem Vorsitzenden der Vereinten Stabschefs der Teilstreitkräfte gleichgestellt, wenngleich er z. Zt. nur auf Einladung an den Sitzungen des NSC teilnimmt.

Ihre Kontrollfunktion nimmt die ACDA dadurch wahr, daß sie parallel zu den Berichten des Verteidigungsministeriums einen jährlichen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegt. Darüber hinaus ist der Direktor der ACDA berechtigt, solche Programme zu analysieren und Informationen über diese Analyse dem Kongreß zuzuleiten, von denen er glaubt, daß sie möglicherweise für die Abrüstungsverhandlungen interessant sind oder werden könnten.

(-/17.2.1976/ve/e/pr)

Zwei Halbwahrheiten ergeben noch keine Tatsache

Entstellendes "Welt"-Bild von der DDR-Forschung der Bundesregierung

Von Egon Hähmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestageausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Springers "Welt" hatte wieder einmal die falschen Ohren im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen. Denn sonst hätte sie nicht halbe, sondern ganze Wahrheiten zur Lage der DDR-Forschung verbreitet. Die erste Halbwahrheit ist die, daß das Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Lage der bundesgeförderten DDR-Forschung die bisherigen Aktivitäten, insbesondere die des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, kritisiert habe und auf mehr Koordination dränge. Die zweite Halbwahrheit ist die, daß in der Sitzung des Ausschusses auch kritische Anmerkungen des Vertreters des Bundesrechnungshofes und "zahlreicher Wissenschaftler" gemacht worden seien.

Die volle Wahrheit ist, daß die Maßnahmen des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen zur Koordination der DDR-Forschung seit 1974 die kritischen Anmerkungen des Bundesrechnungshofes gegenstandslos gemacht haben. Im Ausschuß wurde die Rolle des am 18. April 1975 konstituierten "Arbeitskreises für vergleichende Deutschlandforschung" von den Wissenschaftlern positiv bewertet. Die Initiativen des Bundesministers zur Koordinierung der DDR-Forschung wurden zum ersten Mal am 13. September 1974 dem Forschungsausschuß für Fragen der Wiedervereinigung vorgetragen. Sie reichen zurück in eine Zeit, als noch keine Rede war von einem Gutachten. Der Arbeitskreis erfüllt heute folgende Aufgaben: 1. Kritische und gutachterliche Bewertung des Forschungsstandes in den einzelnen Disziplinen und der Entwicklungsmöglichkeit sowie 2. Förderung des Kontaktes zwischen den Wissenschaftlern, der Politik, den Verbänden und der Publizistik.

Zur vollen Wahrheit gehört auch, daß der Fachreferent des Bundesrechnungshofes die Maßnahmen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und die bisher geleistete Arbeit anerkennend gewürdigt und in wesentlichen Punkten seine Übereinstimmung mit diesen Maßnahmen erklärt hat.

Namens der Bundesregierung bewertete der Parlamentarische Staatssekretär Karl Herold das Gutachten des Bundesrechnungshofes als Bestätigung des von ihr eingeschlagenen Weges zur Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrages der Bundesregierung auf dem Gebiet der DDR-Forschung, als sorgfältige Analyse der Verfahren zur Forschungsförderung und als beachtenswerte Anregung zur Organisation der Forschung und zur Gestaltung des Verhältnisses von Forschung, Bundesregierung und Öffentlichkeit. Die Mehrheit der in der Ausschußsitzung anwesenden Wissenschaftler hat sich zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der diskutierten Inhalte und Formen der Koordination der DDR-Forschung bereit erklärt. Auch diese konstruktive Haltung der Gäste des Ausschusses wird in der "Welt" entstellt und ins Gegenteil verkehrt.

Es paßt zur "Welt", daß sich von Leuten beraten läßt, die im Sonntag für ihre politische Einseitigkeit bekannt sind, ohne ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht Genüge zu tun. (-/17.2.1976/-/ve/e/pr)

+ + +

Weiterer Leistungsabbau nicht zu verantworten

Unsere Gesellschaft ist ohne öffentlichen Dienst nicht lebensfähig

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen

Wenn sich in den vergangenen Jahren im Urteil der öffentlichen Meinung über die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch ein Wandel vollzogen hat und die klischeehaften Vorstellungen über die Beamten, Angestellten und Arbeiter einer objektiveren Betrachtungsweise gewichen sind, so wird das Bild der "Staatsdiener" doch vielfach noch fälschlich gezeichnet. Als jüngst ein Meinungsforschungsinstitut danach fragte, wie der öffentliche Bedienstete von der Bevölkerung gesehen wird, kam es zu einer Beurteilung, die der Wirklichkeit keinesfalls entspricht. So hieß es u. a., die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst seien eher vorsichtig als risikofreudig, eher sachlich als fanatisch und eher folgsam als kritisch. Obwohl damit wohl nur der "Verwaltungsbeamte" gemeint war, kam es zu dieser pauschalen und wohl nicht ganz zutreffenden Feststellung.

Ich meine, daß es notwendig ist, einmal deutlich zu machen, daß der öffentliche Dienst nicht nur aus Verwaltungsbeamten, sondern auch aus Lehrern, Polizeibeamten, Krankenschwestern, Busfahrern, Müllwerkern, Lokomotivführern, Ingenieuren und Wissenschaftlern besteht. Die Funktionen und Aufgaben des öffentlichen Dienstes sind viel zu differenziert, um ein allgemeines Urteil über all die Mitarbeiter zu erlauben, die Tag für Tag ihre Pflicht tun und sich zu einem großen Teil engagiert darum bemühen, die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern.

Unsere Gesellschaft ist ohne den öffentlichen Dienst nicht lebensfähig, nicht funktionsfähig. Sicherlich ist ernsthaft zu überlegen, ob der Staat alles weiterbetreiben soll, was er bisher gemacht hat. Auch muß geprüft werden, ob manche Aufgaben von "anderen" nicht billiger und effizienter erfüllt werden können. Aber selbst wenn ein Teil der öffentlichen Dienstleistungen von anderen Trägern übernommen würde, verblieben noch genügend Aufträge und Probleme, die von der Gesellschaft nicht zu lösen sind und in die Hoheit des Staates gehören.

Wenn immer wieder von einem Aufblähen des öffentlichen Dienstes gesprochen wird, dann ist dem entgegenzuhalten, daß die Anforderungen an den Staat in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen sind, die Aufgaben zunehmen und immer wieder nach dem Staat gerufen wurde. Diese verstärkte Tätigkeit lag m. E. im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts. Ich halte eine Versachlichung der Diskussion über den öffentlichen Dienst für dringend geboten, wobei erreicht werden muß, daß sich das Bewußtsein der

Bürger über den "Beamten" ändert. Denn: Bürger und Staatsdiener sind Partner!

Es wird auch oft eingewandt, der öffentliche Dienst sei in seiner Haltung zu starr und verschließe sich neuer Ideen. Auch dies ist nicht zutreffend, denn vor einer großen Mehrheit der Beschäftigten wird die Notwendigkeit einer Reform bejaht. Das Diktat der leeren Kassen macht zudem eine Reform dringlicher denn je und sollte für uns alle Verpflichtungen sein, sie umgehend anzupacken und baldmöglichst zu bewältigen. Dabei sollte allerdings auch erreicht werden, daß die überholten Strukturen im gesamten öffentlichen Dienst abgebaut, die Verwaltungsabläufe stärker rationalisiert und die Entscheidungsprozesse verkürzt werden. Wenn eine Reform nach diesen Prinzipien verwirklicht wird, dann würde das bedeuten, daß es zu einer größeren Durchlässigkeit und Transparenz der Hierarchie und damit zu mehr Chancen für qualifizierte Mitarbeiter kommt, was sich schließlich in Verwaltungsvereinfachung und Kostenersparnis niederschlagen könnte.

Durch höhere Bezüge und einen "gehobeneren" Status sind Leistungsmotivation und Arbeitsfreude der Staatsbediensteten nicht allein zu erzielen. Wichtig ist, daß der qualifizierte Bedienstete mehr Entscheidungskompetenz und Verantwortung erhält. Einhergehen mit dieser Form muß m. E. auch die schrittweise Verwirklichung eines einheitlichen Dienstrechtes. Dabei muß das Leistungsprinzip als Grundlage einer modernen Leistungsverwaltung oberstes Gebot sein. Wenn aufgrund der schwieriger gewordenen Finanzlage der öffentlichen Hand auch Sparbeschlüsse gefaßt werden mußten und Stelleneinsparungen notwendig waren, so dürfen wir es nicht zulassen, daß die öffentlichen Dienstleistungen weiter abgebaut werden.

Eine weitere Reduzierung würde bedeuten: weniger Polizeibeamte, weniger Müllwerker, weniger Richter und weniger Sozialarbeiter. Und das kann nicht im Sinne eines weiteren gesellschaftlichen Fortschritts sein.

(-/17.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller